



Androsch fordert drittes Konjunkturpaket

Mehr Geld für Bildung, Forschung und Kinderbetreuung – Unbegrenzte Einlagensicherung verlängern

WIEN (SN-wie, gs). Der Industrielle Hannes Androsch spricht sich für zusätzliche öffentliche Mittel zur Belebung der Wirtschaft aus. „Ein drittes Konjunkturpaket wäre notwendig und wünschenswert“, sagte er am Dienstag im Klub der Wirtschaftspublizisten. Androsch ist überzeugt, „dass wir die Talsohle noch nicht erreicht haben“, erst 2010 werde sich die Konjunktur etwas erholen, er erwarte aber nur eine „anämische Besserung“. Das Niveau des Vorjahres werde nicht vor 2013 erreicht.

Beim dritten Konjunkturpaket sollte Geld für Bildung, Qualifizierung und Forschung in die Hand genommen werden. Österreich drohe eine schleichende Entindustrialisierung, wenn nicht mehr für Innovation getan werde,

warnte Androsch. Statt Fördermittel für das Kernforschungszentrum CERN gegen solche für andere Projekte auszuspielen, sollte es mehr Geld für die Forschung geben. Finanzminister Josef Pröll sagte, die bereits beschlossenen Konjunkturpakete wirkten, das sei an den Exportzahlen zu erkennen. Die öffentlichen Haushalte dürften nicht weiter über Gebühr belastet werden. Gerade bei Forschung und Bildung habe die Regierung beim Budget stärkere Akzente gesetzt als in anderen Bereichen.

Mehr investiert werden sollte laut Androsch auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, auch an Ganztagschulen führe kein Weg vorbei. Er sei selbst 1947 ein halbes Jahr in Brüssel zur Schule gegangen, „das war natürlich eine

Ganztagschule – wir leben in Österreich 60 Jahre hinter dem Mond“, sagte Androsch.

Weil die Krise das Vertrauen der Menschen stark erschüttert habe, sprach sich Androsch dafür aus, die betragsmäßig unbegrenzte Einlagensicherung für Sparguthaben zu verlängern. Die Regelung soll zu Jahresende auslaufen, ab 2010 soll die Obergrenze bei 100.000 Euro liegen. Ob die 15 Mrd. Euro an Eigenkapitalhilfe für Banken ausreichen werden, „ist noch nicht sicher“. Die verstaatlichte Kommunalkredit sollte entweder verkauft oder zu einem reinen Gemeindefinanzierer werden, sagte Androsch. „Was nicht sein kann, ist, dass man anderen Banken Staatsgeld gibt, damit sie die Kommunalkredit ‚ausbanln‘ können.“